



Gestern schlug Ex-Präsident Donald Trump vor, dass die USA den Gazastreifen übernehmen sollten und dass alle Palästinenser dort – rund zwei Millionen Menschen – das Gebiet verlassen müssten. Er sprach von einer „permanenten Umsiedlung“ an einen oder mehrere Standorte, die von „humanitären Ländern mit Herz“ finanziert würden.

Sein Vorschlag reiht Gaza in eine wachsende Liste von Gebieten ein, die Trump für die USA beanspruchen will – darunter bereits Grönland, Kanada und der Panamakanal. Es solle eine „langfristige Besitzposition“ sein, so Trump. Auf die Frage, welche rechtliche Grundlage ihm erlauben würde, einfach souveränes Territorium zu übernehmen, ging er nicht ein. Stattdessen sagte er nur: „Wir werden es besitzen.“

Trump stellte die Umsiedlung als humanitäre Maßnahme dar und forderte Jordanien und Ägypten auf, die Palästinenser aufzunehmen. Doch weder Amman noch Kairo wollen eine große Zahl palästinensischer Flüchtlinge aufnehmen, und es ist fraglich, ob die Menschen aus Gaza freiwillig ihr Land verlassen würden, das sie über Jahre verteidigt haben. Hamas lehnte den Vorschlag sofort ab, und die internationale Reaktion war scharf verurteilend.

Der Ex-Präsident schlug vor, die USA könnten den Palästinensern helfen, „ein geeignetes Stück Land zu finden“ und „ihnen wirklich schöne Wohnorte zu bauen“. Diese Umsiedlung sollte dauerhaft sein, betonte er. „Ich denke nicht, dass die Leute nach Gaza zurückkehren sollten“, sagte Trump. „Gaza ist kein Ort, an dem Menschen leben sollten.“

China schlägt nach Trumps Zöllen zurück

China reagierte gestern auf die von Trump verhängten 10-Prozent-Zölle auf alle chinesischen Waren mit eigenen Strafzöllen auf US-Kohle und -Gas sowie Exportbeschränkungen für bestimmte Mineralien. Diese Maßnahmen sollen am Montag in Kraft treten, doch es bleibt noch Zeit für Verhandlungen.

Das Weiße Haus kündigte an, dass Trump bald mit Chinas Staatschef Xi Jinping telefonieren werde. Während Chinas Zölle US-Exporte im Wert von rund 20 Milliarden Dollar betreffen, haben Trumps Maßnahmen chinesische Waren im Wert von mehr als 450 Milliarden Dollar ins Visier genommen. Zudem leiteten chinesische Behörden eine kartellrechtliche Untersuchung gegen Google ein.



Mindestens 11 Tote bei Schießerei in Schweden

Mindestens elf Menschen wurden gestern bei einer Schießerei in einem Erwachsenenbildungszentrum in Örebro, Schweden, getötet, teilten die Behörden mit. Der mutmaßliche Täter, dessen Identität zunächst nicht bekannt gegeben wurde, gehört zu den Toten.

„Wir haben eine brutale Gewalttat erlebt“, sagte Schwedens Premierminister Ulf Kristersson in einer Fernsehansprache. „Dies ist die schlimmste Massenerschießung in der schwedischen Geschichte.“

Hintergrund: Schusswaffengewalt an Schulen ist in Schweden äußerst selten. Allerdings kämpft das Land seit Jahren mit einem stetigen Anstieg von Waffengewalt.

WEITERE TOP-NACHRICHTEN



- **Großbritannien:** Medizinische Experten äußern neue Zweifel an den Beweisen, die 2023 zur Verurteilung der Krankenschwester Lucy Letby wegen der Tötung von sieben Babys führten.
- **Syrien:** Interimspräsident Ahmed al-Shara traf sich erstmals mit dem türkischen Präsidenten. Die Türkei beherbergt mehr als drei Millionen syrische Flüchtlinge.
- **Australien:** Oppositionsführer Peter Dutton orientiert sich an Trumps politischem Stil – doch es gibt Grenzen, die er nicht überschreiten will.
- **El Salvador:** Nach einem Treffen mit dem US-Außenminister bot der Präsident an, gegen eine Gebühr von den USA abgeschobene Kriminelle in salvadorianischen Gefängnissen unterzubringen.
- **Verlagswesen:** Eine Frau verklagt den Autor Neil Gaiman wegen sexuellen Missbrauchs. Sie reichte auch eine Klage gegen seine getrennt lebende Ehefrau Amanda Palmer ein, weil diese den Missbrauch ermöglicht haben soll.
- **Haie:** Ein Teenager-Mädchen starb nach einem Haiangriff beim Schwimmen in Queensland, Australien.
- **Italien:** Parlamentarier werfen Donald Trump Jr., dem Sohn des US-Präsidenten, vor, eine geschützte Entenart in der Lagune von Venedig gejagt zu haben.
- **11. September:** Ein Gerichtsverfahren steht an einem Wendepunkt: Es geht um die Frage, ob ein zentrales Geständnis durch CIA-Folter erzwungen wurde.